



Wallis | Baumeisterverband will mutmassliche Schwarzarbeiter über neue App anschwärzen lassen

# Waeber-Kalbermatten warnt vor Schnüffelmethoden

**Eigentlich haben der Baumeisterverband und die Kantonsbehörden das gleiche Ziel: Die hiesige Schwarzarbeit ausmerzen. Die Branchenvertreter wollen jetzt aber eine App lancieren, über die mutmassliche Schwarzarbeiter verpiffen werden können. Die Staatsrätin warnt.**

Der Baumeisterverband und die Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse treten sich bei ihrem gemeinsamen Kampf gegenseitig auf die Füsse. Im Sinne des Bundesgesetzes darf eigentlich nur der Kanton die entsprechenden Kontrollen gegen Schwarzarbeit durchführen. Was er auch macht: Im Jahr 2017 wurden rund 820 Kontrollen durchgeführt. Die kantonale Beschäftigungsinspektion hat zudem mehr als 500 Mal kontrolliert, ob die flankierenden Massnahmen zum Abkommen über den freien Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU denn auch angewandt werden.

Derweil gebart sich auch der Baumeisterverband als Schwarzarbeit-Polizei. Mit einem eigens dafür gegründeten Verband «zur Verstärkung der Baustellenkontrollen» – kurz: VVKB – führt er an Samstagen und nach Feierabend Visi-

ten auf den Baustellen durch. Was der VVKB hier ahndet, sind aber Verstösse gegen die allgemeinen Bedingungen des Gesamtarbeitsvertrags GAV.

## Bedenken wegen Datenschutz

So dürfen diesem unterstellte Bauarbeiter ausserhalb ihrer Arbeitszeit nicht ihren Nachbarn oder Freunden zur Hand gehen, weil sie so die eigene Branche und Arbeitgeber konkurrenzieren würden. Allein diese Praxis erscheint in manchen Fällen unverhältnismässig. Während ein Lonza-Arbeiter oder ein Banker samstags einem Kollegen unentgeltlich helfen dürfen, wird der Maurer für die gleiche Arbeit gebüsst. Das führte auch im Oberwallis schon zu umstrittenen Bussen.

Nun geht der Baumeisterverband aber noch einen Schritt weiter. Nächste Woche will man eine App vorstellen, über die man Bilder von vermeintlich verdächtigen Personen direkt an den Baumeisterverband weiterschicken kann. Die zuständige Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten warnt aus Gründen des Datenschutzes vor solchen Schnüffelmethoden. Im Interview versucht sie, die jeweiligen Rollen des Verbands und der Behörden nochmals klar zu unterscheiden. |